

DGUV pluspunkt



Auf dem Weg
zur Inklusion

Ergonomische
Klassenzimmer

Schulbushelfer versichert

Kooperation in Lehrerkollegien
(2/2012; Redaktionsschluss: Januar 2012)

Verhaltensauffällige Schüler
(3/2012; Redaktionsschluss: April 2012)

Konzept der Schulentwicklung
(4/2012; Redaktionsschluss: Juli 2012)

Thematische Beiträge sowie Fragen, Tipps und Meinungen richten Sie bitte an: *pluspunkt*-Redaktion, 65175 Wiesbaden, oder per E-Mail an: redaktion.pp@universum.de
Internet: www.dguv-pluspunkt.de
www.dguv.de/lug

ULRIKE FISTER
ist stellv. Leiterin des Fachbereichs
Bildungseinrichtungen der Deutschen
Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)
und Mitglied des Redaktionsbeirats
DGUV *pluspunkt*.



Zur Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

alle Menschen in ihren Besonderheiten zu erkennen, einzubeziehen und an der Gesellschaft teilhaben zu lassen ist das Ziel von Inklusion. Das ist mehr als ein Etikettenwechsel von Integration.

Auf Schule bezogen bedeutet es, dass allen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen das Recht auf eine gemeinsame Bildung zugesprochen wird, dass sie gemeinschaftlich lernen, in ihrer Individualität gefördert und nicht vom Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Die *pluspunkt*-Redaktion hat sich dieses anspruchsvollen Themas angenommen. Die einzelnen Beiträge dokumentieren unterschiedliche Sichtweisen.

Auch wir im Redaktionsbeirat haben viel über Inklusion diskutiert. Ist Inklusion in der Schule umsetzbar? Wie muss sich Schule verändern, um dem Anspruch gerecht zu werden? Wie lange wird dieser Prozess dauern? Oder ist das alles nur eine schöne Utopie? Aus unserer Sicht stehen wir im Inklusionsprozess noch ganz am Anfang eines langen Weges. Doch eine chinesische Weisheit besagt: „Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt“. Diesen Schritt müssen wir alle tun! Wie denken Sie darüber? Schreiben Sie uns.

Ulrike Fister

Inhalt 1/2012

Auf dem Weg zur Inklusion

- 3 Abgrenzung zwischen Integration – Inklusion:
So normal wie möglich – so besonders wie nötig
- 4 Fördern statt selektieren:
Eine Schule für alle
- 8 Interview mit Vertretern des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes:
Ein Umdenken ist nötig

10 MELDUNGEN / MEDIEN

- 12 Bei der Herman-Nohl-Schule in Berlin steht
gemeinsames Lernen im Mittelpunkt:
Alles unter einem Dach

RECHT

- 15 **Schulbushelfer versichert**
- 16 Ein Umbauprojekt der Deutschen Gesetzlichen
Unfallversicherung:
Ergonomische Klassenzimmer
- 18 Bewegung in der Schule:
Erlebniswelt Pausenhof

DARAN DENKEN!

- 20 **Individuelle Förderung**
- 19 Impressum

Titelfoto: grafikdesign-weber.de

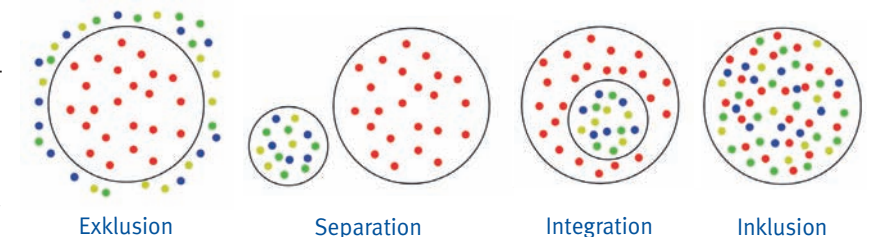
Abonentenservice

Adressänderungen bitte unter Angabe Ihrer Kunden- oder Mitgliedsnummer an vertrieb@universum.de, telefonisch unter 0611 9030-501 oder per Fax an 0611 9030-281. Wenn Sie das Magazin über Ihren Unfallversicherungsträger beziehen, wenden Sie sich bitte direkt an diesen.

So normal wie möglich – so besonders wie nötig

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung formuliert das Recht, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Auch das SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ beschreibt Menschen mit Behinderung nicht mehr als „Objekte“ von Hilfe und Förderung, sondern als Träger von Rechten.

Die Begegnung mit einem Kind mit Behinderung kann auch erfahrene Fachkräfte verunsichern. Werden sie mit der Dimension Behinderung konfrontiert, vergessen sie oft, dass was für alle Kinder gut ist, auch für diese Kinder gut ist. Die Anforderung, möglichst viel „Förderung“ oder „Therapie“ möge die Situation verbessern, setzt Pädagogen und Eltern unter Druck. Es ist schwer, das Kind zu sehen und nicht nur die Behinderung. Aber Kinder sind aktive Gestalter ihrer Bildung – alle Kinder. Deshalb müssen Zahlen nachdenklich stimmen, die derzeit noch das gängige Verständnis von Schule charakterisieren: Nur 20 Prozent aller Schülerinnen



und Schüler mit Förderbedarf besuchen eine allgemeinbildende Schule. In Hessen gibt es zum Beispiel neun verschiedene Arten von Förderschulen. Unser Problem auf dem Weg zur Inklusion scheint hier nicht im Fehlen von Hilfen zu bestehen, sondern in sich selbst erhaltenden, „besonderen“ Bildungsangeboten.

Was bleibt zu tun?

Nehmen wir Inklusion ernst, so verbietet sich die Aussonderung von Kindern aus dem allgemeinen Bildungssystem. In Folge erkennen wir auch die Verschiedenheit aller anderen Kinder an, ob Jungen und Mädchen, Hochbegabte, Kinder mit Migrationshintergrund oder aus verschiedenen Milieus. Die Gemeinschaft aller Kinder wäre der Normalfall. Integration ist nur notwendig, solange Aussonderung und getrenntes Denken der Normalfall sind. Aber: Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Inklusive Prozesse können überall eingeleitet werden, in allen Bildungsinstitutionen. Entscheidend sind die Haltungen und Werte der beteiligten Fachkräfte. Die Gesellschaft sollte dabei darauf achten, den Begriff der Inklusion mit dem Sinn zu versehen, der damit verbunden ist: dem Menschenrecht auf bedingungslose Teilhabe.

AUTORIN

Ursel Heinze bietet freiberuflich Fortbildungen im Feld der Frühen Bildung an.
E-Mail: urselheinze@gmx.de

Die Begriffe **Integration** und **Inklusion** unterscheiden sich in wesentlichen Positionen von einander.

Integration

... unterscheidet zwischen Kindern mit Behinderung und Kindern ohne Behinderung.
... braucht Fachkräfte mit sonderpädagogischen und heilpädagogischen Spezialkenntnissen, die Kinder fördern und behandeln.
... stellt besondere Ressourcen für Kinder mit Behinderung bereit.
... betrachtet Kinder mit Behinderung als Objekte von Hilfen und Förderung.

Inklusion

... geht von den Besonderheiten und individuellen Bedürfnissen jedes Kindes aus.
... braucht multiprofessionelle Teams, die im gemeinsamen Dialog ihre jeweiligen fachlichen Perspektiven austauschen.
... stellt Ressourcen für die gesamte Institution bereit.
... betrachtet alle Kinder als Akteure ihrer Entwicklung und Träger von Rechten.

Eine Schule für alle

Inklusion erfordert ein Umdenken in der Gesellschaft. Auf dem Weg zum inklusiven Bildungssystem sind konkrete Unterstützungsmaßnahmen seitens Bildungspolitik, Schulbehörden, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräften gefragt. Eine Herausforderung, die nur gemeinsam gemeistert werden kann.

Die UN-Konvention formuliert das Recht, dass Menschen mit Behinderungen nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Der inklusive Gedanke umfasst den Anspruch, alle Menschen mit ihren Besonderheiten zu erkennen, einzubeziehen und sie in ihren Bedürfnissen zu fördern. Deutschland hat sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten und ab sofort schrittweise umzusetzen. Die größte Herausforderung aber scheint zu sein, den bestehenden Selektionsgedanken in einen förderorientierten umzuformen.

Fördern statt selektieren

PISA und Folgestudien zeigen, dass in gegliederten Schulsystemen die Bildungschancen maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen. Trotz Integration gelingt in gegliederten Schulsystemen die individuelle Förderung weniger gut und die Anzahl der Risikoschülerinnen und -schüler ist höher als in Gesamtschulsystemen. Persönliche Chancen werden vertan und Potenziale vergeudet. Teile der Bevölkerung werden aufgrund ihrer Bildungsarmut von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Gleichzeitig wird allen Kindern die Vielfalt der Gesellschaft in einem gegliederten Schulsystem vorenthalten. Sie lernen nicht, respektvoll und konstruktiv mit den anderen Menschen umzugehen. Gerade deshalb gelten unsere Schulsysteme als leistungsfeindlich und sozial ungerecht. Denn solange Lehrerinnen und Lehrer gezwungen sind, Kinder zu sortieren, Klassen sehr groß sind und Schulen wenig selbstständig arbeiten dürfen, solange werden viele Lehrkräfte durch die

„Brille“ der Aussonderung schauen und kaum den Willen aufbringen, für jedes Kind Verantwortung zu übernehmen, um keines zurückzulassen. Wer dies ändern will, muss Schule von Grund auf neu, nämlich inklusiv, denken und strukturell neu ordnen. Mit einem bloßen Etikettenwechsel ist es nicht getan.

Barrieren beseitigen

Inklusive Schulen geben allen Kindern – auch Kindern mit Behinderungen – das gleiche Recht auf Autonomie und Partizipation. Der Autor Hans Wocken schreibt, dass das Prädikat Inklusion nicht als legitim beansprucht werden kann, wenn behinderte Kinder den formellen Status von „Integrationskindern“ oder „Gutachtenkindern“ haben, wenn sie möglicherweise nur „Gäste“ sind, die schulrechtlich weiterhin den Sonderschulen zugeordnet sind, wenn die Würde ihres Soseins nicht respektiert wird, wenn nicht alle Barrieren für Selbstbestimmung und Teilhabe beseitigt werden. In Anlehnung an die Regelungen in Finnland und in dem Bundesland Schleswig-Holstein benötigen inklusive Schulen einen einheitlichen Lehrplan für alle Schülerinnen und Schüler mit dem Auftrag zur Individualisierung und inneren Differenzierung. Individuelle Förderpläne werden so realisiert, dass der einheitliche Lehrplan und die individuellen Entwicklungsbedürfnisse der Kinder mit dem sonderpädagogischem Förderbedarf harmonisieren. So formuliert es das Zentrum für Schulentwicklung in Graz.

Kategorien aufheben

Inklusion will von einer defizit- zu einer kompetenzorientierten Sichtweise gelan-

gen und die „Zwei-Gruppen-Theorie“ aufheben. Damit ein neues Verständnis von Normalität, die „Transnormalität“ erreicht werden kann, wären alle Etikettierungen und Kategorisierungen aufzuheben. Einteilungen nach Behinderungsarten dürften nicht mehr sein. Aber kann das funktionieren? Wie sollen denn dann die Ressourcen gerecht verteilt werden? Und werden mit den Begriffen nicht auch die dahinter stehenden Bedarfe abgeschafft? Oder: Wird durch politische Korrektheit in den Begrifflichkeiten auch schon real Chancengerechtigkeit hergestellt?

Dem Finden und Ausgestalten der eigenen Identität stehen beim Einzelnen zum einen individuell bedingte Exklusionsrisiken gegenüber. Hierzu gehören zum Beispiel eine autistische Wahrnehmung oder eine organisch bedingte Bewegungseinschränkung. Zum anderen gibt es auch nicht individuell bedingte Exklusionsrisiken wie ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Bildung aufgrund des sozialen Status, des Etiketts „sonderpädagogischer Förderbedarf“, des Geschlechts, der Rasse oder der kulturellen Herkunft.

Mit der Umetikettierung oder dem völligen Verzicht auf Etikettierungen alleine wird kaum „ent-hindert“ werden können. Nicht selten werden ja heute die zentralen Leitbegriffe wie Integration, Inklusion, Selbstbestimmung, Teilhabe, Assistenz und Barrierefreiheit bloß dafür verwendet, eigentlich trennende Zielsetzungen zu beschönigen. ▶



Jeder Mensch ist so individuell wie sein Fingerabdruck.

Sehr wohl macht es Sinn, die verwendeten Begriffe genau zu hinterfragen und sehr bewusst einzusetzen, denn Sprache spiegelt und konstruiert Realitäten. So ist es nicht egal, ob bei der Übersetzung von „special needs“ von „besonderen Bedürfnissen“ oder „besonderen Bedarfen“ gesprochen wird, auch wenn dies noch sehr ungewohnt klingt. Menschen mit Beeinträchtigung haben nämlich genau die gleichen Bedürfnisse nach Liebe, Geborgenheit, Anerkennung, Autonomie, Nahrung, Wohnung ... wie Menschen ohne Beeinträchtigung; aber sie haben andere Bedarfe an Unterstützung, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist auch nicht egal, wie Menschen mit Beeinträchtigungen bezeichnet werden. Während zum Beispiel der Begriff „kör-

Wenn der Wind der Erneuerung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.

(chinesisches Sprichwort)

perbehinderter Mensch“ die Behinderung als Eigenschaft der jeweils individuellen Person zuschreibt und damit nicht dem sozial bedingten Behinderungskonzept entspricht, nehmen die Begriffe „körperlich beeinträchtigt“ beziehungsweise „motorisch beeinträchtigt“ sowie „mobilitätsbehindert“ auf die WHO-Definition sehr wohl Rücksicht.

Neuverortung der Sonderpädagogik

Neben der Sprache sind vor allem die realen Bedingungen darauf kritisch zu hinterfragen, inwiefern sie Exklusionsrisiken darstellen und inwiefern diese vermindert werden können. Dementsprechend macht es auch Sinn, zwar alle Förderschulen für Lernen, Verhalten und Sprache so schnell wie nur möglich abzuschaffen, sehr wohl aber sonderpädagogische Kompetenzzentren für Menschen mit schweren Sinnes- und Körperbeeinträchtigungen erst einmal bestehen zu lassen. Deren Aufgaben sind aber Schritt für Schritt vor allem auf mobile Beratung, Forschung und Entwicklung umzustellen.

Generalisten statt Spezialisten?

Inklusion wird nicht selten als eine Vision gedacht – als „... Traum von einer inklusiven Bildungslandschaft, in der es weder Gymnasien noch Sonderschulen noch Privatschulen gibt. Es ist der Traum von einem inklusiven Leben, das alle Altersstufen und alle Lebensbereiche vom Kindergarten über die Schule bis hin zu Beruf und Freizeit umfasst. Und es ist der Traum von einer inklusiven Gesellschaft, die keine marginalisierten Gruppen, keine Diskriminierungen durch ‚gender‘, ‚race‘, ‚class‘, ‚ability‘ und anderes mehr kennt“, wie es Hans Wocken beschreibt. Um diese Vision nicht zur Illusion werden zu lassen, bedarf es

realpolitischer Zugeständnisse im Hier und Jetzt, klarer Benennung von Benachteiligungen und Barrieren und eines gesellschaftspolitischen Einsatzes für und mit den benachteiligten Menschen für deren gleichberechtigte Teilhabe und eine möglichst hohe Selbstbestimmung aller Menschen innerhalb einer friedvollen Gemeinschaft. Da nicht jede und jeder alles können kann, ist eine Spezialisierung notwendig. So ist es auch unter dem Namen der Inklusion sinnvoll, dass manche Pädagoginnen und Pädagogen die Schülerschaft beim Aufbau von kognitiven, sensorischen, sprachlichen oder motorischen Fähigkeiten fördern. Andere spezialisieren sich in einem Wissenschaftsbereich und wieder andere setzen sich speziell mit Fragen einer geschlechtersensiblen Schule oder des mehrsprachigen Lernens auseinander. Dabei verstärkt nach dem Gemeinsamen zu suchen, sowohl in Lehre als auch Forschung, ist oberstes Gebot.

Gesellschaftlicher Konsens

Die Verankerung von Inklusion als bildungspolitische Leitidee wird nicht ohne Widerstand vor sich gehen. Hilfreich wäre es deshalb unter anderem, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, den Diskurs zu versachlichen, verstärkt Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in allgemein bildenden Schulen einzusetzen sowie anfangs die Freiwilligkeit bei Teambildungen zu fördern. Hierzu gehören beispielsweise auch das Ernstnehmen der vorhandenen Bedenken und das Anbieten von Lösungen für die momentan aktuellen Probleme, ein vermehrtes Angebot notwendiger Zusatzqualifikationen, die Verankerung der Inklusion auch im Bereich der vorschulischen Erziehung und das Angebot von Unterstützungssystemen für den Systemwandel.

Wichtig ist, dass auf dem Weg zur inklusiven Schule nicht die Kompetenzen der Sonderpädagogik verloren gehen oder weggespart werden. Allerdings muss die Sonderpädagogik bereit sein, sich auf Inklusion einzulassen und dementsprechend neu auszurichten.

Strukturelle Unterstützung

Mit der Entwicklung pädagogischer Konzepte im Sinne einer inneren Schulreform muss auch die Lösung folgender Strukturfragen einhergehen:

- Schaffung der Möglichkeit zu flexiblem, systembezogenen Einsatz ausreichender **Ressourcen** anstelle individueller Zuteilungen
- **Umbau von Sonderpädagogischen Zentren** zu Aufbau von Pädagogischen Zentren, welche die Schulen systemisch bei der optimalen Förderung aller Schülerinnen und Schüler mittels Individualisierung und Differenzierung unterstützen und die sonderpädagogischen Ressourcen flexibel und möglichst schulbezogen verteilen,
- **Abbau selektiver Maßnahmen** wie Schularten- und jahrgangsbezogene Lehrpläne, Beurteilung mittels Ziffernoten (zumindest in den ersten sechs Pflichtschuljahren), Sitzenbleiben, unterschiedliche Schularten in der Sekundarstufe I, Leistungsgruppen, kindbezogene Etikettierungen Ausbau von Ganztageesschulen und Mehrstufenklassen,
- **Auflösung von Sonderschulen** innerhalb eines vorgegebenen, längeren Zeitraums bei gleichzeitiger Unterstützung aller Pflichtschulen, sich zu „Schulen für alle“ zu entwickeln (mittels interner, selbstevaluativer Qualitätsentwicklungsmaßnahmen wie z. B. dem Index für Inklusion),
- **Erstellung eines Dienstrechtes**, das eventuelle Benachteiligungen der Sonderschullehrerinnen und -schullehrer kompensiert,
- Schaffung von Zeit, Raum und Strukturen für **erhöhte Kooperation und Partizipation von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern**,
- Verankerung einer wissenschaftlich begleiteten **Unterstützungsstruktur**,



Foto: grafikdesign-weber.de

Ziel von Inklusion ist es, alle Menschen in ihren Besonderheiten zu erkennen und sie einzubeziehen.

- um die Wissensgrundlagen zu verbessern, die erforderlich sind für gemeinsames Unterrichten und Initiieren,
- **Koordinierung und Evaluierung von Entwicklungsprojekten**
- ein gemeinsamer Kern zum Erwerb der notwendigen Kompetenzen für eine **inklusive Pädagogik in allen Lehramtsstudien**.

Methodisch-didaktische Unterstützung

Nur wenn sich die Schulen der Vielfalt all ihrer Schülerinnen und Schüler öffnen und sich auch didaktisch-methodisch verändern, kann individualisiertes Lernen in der Gemeinschaft mit allen ermöglicht werden. Die Europäische Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung in Brüssel hat sieben Faktoren aufgelistet, die entscheidend für einen effektiven inklusiven Unterricht sind:

- **kooperativer Unterricht** („Teamteaching“),
- **kooperatives Lernen** („Peer Tutoring“),
- **kooperative Problembewältigung** (systemischer Ansatz, klare Regeln),
- **heterogene Gruppen** (binnendifferenzierte Unterrichtsgestaltung),
- **wirksamer Unterricht** (verbesserte Schulleistungen durch systematische Beobachtung, Planung und Evaluierung mit Hilfe individueller Förderpläne),

- **Stammklassen** (der gesamte Unterricht von zwei oder drei Klassen eines Jahrganges findet in eng beieinander liegenden Klassenräumen mit gemeinsamem Bereich statt; ein kleines, überschaubares Lehrerteam ist für den gesamten Jahrgang zuständig),
- **alternative Lernmethoden** (den Schülerinnen und Schülern wird mehr Verantwortung für ihr Lernen übertragen, Lern- und Problemlösungsstrategien werden gezielt vermittelt).

Die originale und wesentlich ausführlichere Fassung gibt es unter www.dguv-pluspunkt.de.

AUTOR



Prof. Dr. Ewald Feyerer ist Leiter des Instituts für Inklusive Pädagogik an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Linz und Koordinator verschiedener internationaler Projekte.

Ein Umdenken ist nötig

Der Paritätische Gesamtverband befürwortet die UN-Konvention, die allen Kindern und Jugendlichen mit oder ohne Behinderung das Recht auf gemeinsame schulische Bildung zuspricht. Über den Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft sprach DGUV *pluspunkt* mit Claudia Zinke und Thomas Pudelko vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.



Claudia Zinke ist Referentin für Gesundheitshilfe beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Dr. Thomas Pudelko ist Referent für Jugendsozialarbeit und Schule beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Welche Diskussionen werden in Bezug auf Inklusion momentan bei Ihnen im Verband geführt?

Zinke: In unserem Verband wird zurzeit intensiv diskutiert, was Inklusion für die einzelnen Fachbereiche bedeutet und wie sich künftig die Arbeit im Verband und in den Mitgliedsorganisationen gestalten kann. Vor allem machen wir uns Gedanken darüber, wie Inklusion in der Praxis umgesetzt wird und wie Schule als Sozialraum mit Blick auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung funktionieren kann. Hierzu haben wir auch zwei Positionspapiere veröffentlicht. Darüber hinaus haben wir eine Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan und eine Einschätzung zum ersten Staatenbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales abgegeben.

Heißt das, dass alle Verbandsmitglieder der gleichen Meinung sind, oder gibt es auch abweichende Auffassungen?

Zinke: Bei der Diskussion über die Möglichkeiten der Umsetzung gibt es

natürlich auch unterschiedliche Vorstellungen. Dabei spielen Ängste vor Veränderung eine wichtige Rolle – Ängste insbesondere davor, dass die bisherigen speziellen und guten Fördermöglichkeiten an besonderen Schulen nicht an den allgemeinen Schulen umgesetzt werden könnten. Hinzu kommen Befürchtungen, die sich festmachen an der unzureichenden und nicht auf eine heterogene Schulsituation ausgerichteten Ausbildung der Regelschulpädagogen.

Was konkret kann schon in der Lehreraus- und Fortbildung getan werden, um die Lehrerinnen und Lehrer auf den inklusiven Schulbetrieb vorzubereiten?

Pudelko: Inklusion erfordert ein Umdenken aller Menschen. So auch in den Bildungseinrichtungen und in besonderer Weise in allen pädagogischen Ausbildungs- und Studiengängen. Interdisziplinäres Arbeiten muss bereits im Studium vermittelt werden, um angehende Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Arbeit vorzubereiten. Hier sind auch die Kultusministerien gefragt, handlungsleitende Vorgaben aufzustellen. Neben der Leitidee der Inklusion muss förderpädagogisches Fachwissen in alle Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zügig aufgenommen werden.

Wie unterstützen Sie die Schulen? Gibt es schon Formen der Zusammenarbeit?

Pudelko: Unsere Landesverbände stehen den Schulträgern beratend zur Seite, insbesondere wenn es darum geht, die bisherigen Schulkonzepte im Sinne einer

inklusive Bildung weiterzuentwickeln, zum Beispiel kleinere Klassen oder die Akquise von Investitionen für eine barrierefreie Umgestaltung zu betreiben wie beim Umbau der Räume. Zur Umsetzung eines inklusiven Schulalltags gehört auch die Ausstattung mit didaktischem Material, das eine binnendifferenzierte Unterrichtsgestaltung erleichtert. Gerade hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf.

Was bedeutet das für die Lehrkräfte?

Pudelko: Für die pädagogische Praxis in der Schule bedeutet Inklusion einen grundlegend anderen Umgang mit der Verschiedenheit von Menschen. Verschiedenheiten sind nicht nur durch Behinderungen gegeben, sondern auch durch eine Vielfalt unterschiedlicher Kompetenzen und Lernniveaus.

In Ihrem Positionspapier sprechen Sie von Übergangsmodellen. Wie könnte ein solches ausschauen?

Zinke: Wir können uns vorstellen, dass sich bisherige Förderschulen öffnen und ihre Konzepte dahingehend ändern, dass sie auch Kinder und Jugendliche ohne Behinderung aufnehmen. Ein solcher Prozess war in der Vergangenheit bereits in Kindertagesstätten erfolgreich. Sie könnten sich aber auch als Kompetenzzentren spezialisieren und ihr Know-how den allgemeinbildenden Schulen und den Eltern zur Verfügung stellen, um sie zu beraten und zu unterstützen. Das erfordert neben den allgemeinen Bildungsangeboten auch bildungsstützende und

„Es muss mehr Geld in die Schulen fließen.“



Foto: grafikdesign-weber.de

Unterschiedliche Kompetenzen und Lernniveaus: Auch beim Musikmachen sind alle dabei.

individuell ausgerichtete Angebote, beispielsweise in solchen spezialisierten Kompetenzzentren. Diese sollten aber unabhängig von Sonder-, Förder- oder allgemeinbildenden Schulen in Form von eigenständigen Beratungsstellen agieren.

Wo sehen Sie hierbei Probleme?

Pudelko: Eine entscheidende Rolle spielt das Geld. In der Debatte geht es häufig darum, Kosten einzusparen. Das ist nicht akzeptabel. Es muss mehr Geld in die Schulen fließen. Erst wenn die Voraussetzungen stimmen, kann inklusive Bildung umgesetzt werden. Ansonsten werden vorhandene Ängste sowohl bei den Eltern als auch bei den Lehrkräften geschürt, mit der Folge, dass diese sich wieder für eine Separierung aussprechen würden. Gerade deshalb müssen auch Eltern frühzeitig in die Prozesse auf dem Weg zur inklusiven Schule eingebunden und informiert werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie in punkto Inklusion als nächstes konkret angehen?

Zinke: Ein ganz wichtiger Punkt für uns ist Öffentlichkeitsarbeit. Zunächst wol-

len wir das Thema ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen und immer wieder über das Thema Inklusion aufklären, um so langfristig die Sichtweisen der Menschen zu beeinflussen. Dabei soll es nicht nur bei „Appellen“ bleiben. Für den Paritätischen Gesamtverband bedeutet dies, dass wir Maßnahmen initiieren, um Ängste und Vorbehalte

abzubauen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen, aber auch die intern zu führende fachbereichsübergreifende Auseinandersetzung.

Das Gespräch führte „DGUV pluspunkt“-Redakteurin Diane Zachen.

Weitere Informationen:

www.der-paritaetische.de > Fachinfor-

- Informationen > Gesundheit & Behinderung:
- UN-Behindertenrechtskonvention (11. Oktober 2011)
- Nationaler Aktionsplan (11. Oktober 2011)
- UN-Behindertenrechtskonvention – Staatenbericht (12. August 2011)
- Inklusive Bildung (3. Mai 2011)
- Stellungnahme: Positionspapier zur inklusiven schulischen Bildung (20. März 2011)

www.bmas.de

Kampagne „Behindern ist heilbar“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Die Bundesregierung hat eine Kampagne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gestartet. „Mit der Kampagne ‚Behindern ist heilbar‘ wollen wir Inklusion – das selbstverständliche Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung – ins Bewusstsein aller Menschen in Deutschland bringen“, erklärt die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen.

JUGEND
WILL
SICH-ER-
LEBEN



„Echt kapiert – sicher?!“

Gerade Auszubildende, die sich in einem neuen Arbeitsumfeld bewegen, laufen Gefahr, Situationen falsch einzuschätzen und zu verunfallen. Deshalb stehen im Berufsschuljahr 2011/12 Aufmerksamkeit, Kommunikation und Selbsteinschätzung im Fokus der Aktion „Jugend will sich-erleben“. Denn wer „echt kapiert“, hat größere Chancen, „echt sicher“ seine Aufgaben zu erledigen. Auch in diesem Jahr gibt es neben Arbeitsblättern und Folien wieder einen Film. Darin besucht Jugendreporterin Jana vier Auszubildende und spricht mit ihnen über die Risiken an ihrem Arbeitsplatz. In einem Interview mit einem Lehrer zum Thema „Lernen aus Erfahrung“ wird die „Checkliste Arbeitssicherheit“ vorgestellt. Sie hilft den Jugendlichen, Gefahren zu erkennen und besser einzuschätzen. Die Materialien können über den Webshop auf www.bghm.de bestellt werden. *red*

Mehr Arbeitsunfälle, weniger Wegeunfälle

Im ersten Halbjahr 2011 ereigneten sich 460.773 meldepflichtige Arbeitsunfälle – ein Anstieg von 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Zahl der tödlichen Unfälle sank um 19 auf 201. Das geht aus den vorläufigen Zahlen hervor, die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen vorgelegt haben. Die Zahl der Wegeunfälle hingegen ging um 15,9 Prozent auf 101.147 zurück. Wegeunfälle sind Unfälle zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz. Weitere Informationen finden sich unter www.dguv.de Webcode: d120126. *red*

Seminare für pädagogische Fachkräfte

Die Dortmunder Akademie für Pädagogische Führungskräfte (DAFP) bietet halbjährlich ein Seminarprogramm für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrerinnen und Lehrer mit Interesse an Leitungsaufgaben an. Das aktuelle Fortbildungsprogramm mit Hinweisen zu den Inhalten sowie zur Organisation und Anmeldung gibt es unter www.dapf.tu-dortmund.de, Ansprechpartner: Jörg Teichert oder Mario Gieske, Tel.: 0231/755 6616, E-Mail: dapf@tu-dortmund.de. *red*

„Wenn Schüler im Internet mobben“

Schüler, aber auch Lehrkräfte werden zunehmend durch Mails oder in Chats beleidigt und bedroht. Eine Entwicklung, der Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern oft hilflos gegenüberstehen. Juristische Maßnahmen und das Löschen der entsprechenden Internetseiten helfen oft wenig. Mit vielen Praxisbeispielen geht Karl E. Dambach das Problem „Internetmobbing“ und „Cyberbullying“ an. Er rät, das Thema in der Schulklasse offen zu diskutieren und Schülerinnen und Schüler in ihrer Sozialverantwortung zu fördern. Konkret schlägt er vor, soziale Lernprojekte im Unterricht einzubauen, die den Umgang und Missbrauch der neuen elektronischen Medien thematisieren.

Wenn Schüler über das Internet gemobbt werden, empfiehlt der Autor, auch die Eltern einzubeziehen. Zusätzlich sollten Lehrerinnen und Lehrer befähigt werden, betroffene Schülerinnen und Schüler zu „coachen“, das heißt, sie bei der Aufarbeitung ihrer Bedrohung zu unterstützen. Nicht nur inhaltlich, auch sprachlich regt das Buch zum Lesen an. Leicht verständlich nennt es die Dinge beim Namen.

Karl E. Dambach: **Wenn Schüler im Internet mobben. Präventions- und Interventionsstrategien gegen Cyber-Bullying**, Ernst Reinhardt Verlag, München 2011, 122 Seiten, Euro 14,90 (ISBN 978-3-497-02209-0) www.karl-dambach.de www.MIPS-ev.de



Jetzt bewerben

Die Macher der „Paralympics Zeitung“ suchen Schülerinnen und Schüler, die vom 29. August bis zum 9. September 2012 über die Paralympischen Sommerspiele 2012 berichten. Gemeinsam mit britischen Schülerinnen und Schülern führen sie Interviews mit Athleten, Prominenten sowie Politikern und schreiben Artikel für die Zeitung. Dabei werden sie von professionellen Journalisten betreut. Bewerben können sich Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen und über gute Englischkenntnisse verfügen. Außerdem sollten sie Interesse an Sportthemen haben, offen auf andere Menschen zugehen, gerne Zeitung lesen und vor allem Spaß am Schreiben haben. Die Kosten für Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Vorbereitung und Organisation werden übernommen. Einsendeschluss ist der 7. März 2012. Die „Paralympics Zeitung“ wird von der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ herausgegeben und erscheint während der Paralympischen Spiele als Beilage in bundesweit vertriebenen Zeitungen. Unterstützt wird das Projekt von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Weitere Informationen zu den Bewerbungsbedingungen gibt es unter www.dguv.de/paralympicszeitung und www.tagesspiegel.de/paralympics. *red*



Foto: Annette Kugel

Buchtipps „Familie und andere Katastrophen“

Familie sucht man sich nicht aus – Familie hat man! Das kann ein Segen oder auch ein Fluch sein, auf jeden Fall aber ist es Stoff für traurige, nachdenkliche, herzerreißende, komische oder auch schlicht unglaubliche Geschichten. Stiftung Lesen hat für Grundschulkinder auf ihrer Website aktuelle Bücher zur Thematik zusammengestellt: www.stiftunglesen.de/grundschule/leseempfehlungen/35. *red*



Foto: Fotolia

Soziale Phobien bei Jugendlichen

Circa fünf bis zehn Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren erkranken im Laufe ihres Lebens an einer sozialen Phobie. Dies zeigt eine Studie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main mit über 600 Schülern. Zudem sei der Anteil „hoch-sozial-ängstlicher“ Schü-

lerinnen und Schüler aus ländlichen Gebieten mit 10,6 Prozent geringer als in städtischen Bezirken mit 17 Prozent. Unterschiede zwischen den Schulformen stellten die Forscher nicht fest. Weitere Informationen: Dipl.-Psych. Lena Krebs, Abteilung Klinische Psychologie und Psychotherapie, Campus Bockenheim, Tel: 069/ 798-23981, krebs@psych.uni-frankfurt.de *red*



Deutscher Jugend-Arbeitsschutz-Preis 2012

Kluge Köpfe gesucht

Die Ausschreibung für den 5. Deutschen Jugend-Arbeitsschutz-Preis läuft. Auszubildende, die einen Beitrag zu mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz entwickelt haben, können bis zum 30. Juni 2012 ihre Beiträge einreichen. Initiatoren sind die Fachvereinigung Arbeitssicherheit und der Dachverband der technisch-wissenschaftlichen Vereine. Die Gewinner werden am 16. Oktober 2012 bei der Eröffnungsveranstaltung auf der „Arbeitsschutz Aktuell“ in Augsburg ausgezeichnet. Für die ersten drei Platzierungen gibt es ein Preisgeld von insgesamt 6.000 Euro. Weitere Informationen und Teilnahmekriterien gibt es unter www.jugendarbeitsschutzpreis.de. *red*

Beiratmitglied geht in Ruhestand

Seit November 1993 war Hans-Jürgen Förster als geschätztes Mitglied im Redaktionsbeirat unseres Fachmagazins *pluspunkt* tätig. Als Aufsichtsperson bei der Unfallkasse Brandenburg betreute er Schulen und veranstaltete Seminare sowie Tagungen für Lehrkräfte. Seine vielfältigen Erfahrungen bereicherten auch die Diskussionen im Beirat. Dabei lagen Hans-Jürgen Förster nicht nur die technischen Fragen am Herzen; auch zu vielen anderen Themenbereichen beriet er engagiert und mit großer Sachkenntnis. Und über all die Jahre blieb auch sein Hauptanliegen, den Lehrkräften mit *pluspunkt* ein praxisorientiertes Magazin mit hilfreichen Anregungen für den Schulalltag anzubieten. Hans-Jürgen Förster verließ Ende des vergangenen Jahres den Redaktionsbeirat in den wohlverdienten Ruhestand. Herausgeber, Beirat und Redaktion danken ihm für seine Unterstützung und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute. *red*

Alles unter einem Dach

Eine inklusive Bildungslandschaft scheint noch weit entfernt. Doch die Herman-Nohl-Schule in Berlin Neukölln hat bereits ein Schulmodell entwickelt, das gemeinsames Lernen realisiert.

Eine lange Treppe führt durch alle vier Ebenen: Die Herman-Nohl-Schule verbindet einen Alt- und einen Neubau zu einem großen Gebäudekomplex. Unter einem Dach lernen hier 400 Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse. Neben einer Regelgrundschule für die erste bis sechste Klasse findet sich eine Ganztags-Europagrundschule, an der die Kinder von der ersten bis zur sechsten Klasse bilingual deutsch-italienisch unterrichtet werden, sowie ein sonderpädagogisches Förderzentrum mit dem Schwerpunkt „Lernen“ für Kinder der dritten bis zehnten Klasse. Auch ein Hort gehört zur Schule. Die Erzieherinnen und Erzieher, die vormittags an der Schule beschäftigt

sind, kümmern sich hier am frühen Morgen und nachmittags um die Kinder.

Projektarbeit

Gerade ist Projektwoche, eine der vielen Gelegenheiten zum gemeinsamen Lernen. Es gibt 18 Projekte rund um das Thema „Erneuerbare Energien“. Die Kinder bauen Solaröfen, basteln Sonnenmodelle. Sie besuchen ein Windkraftwerk, reden mit Politikern, spielen eine Klimakonferenz nach und experimentieren. Im Projekt, das der Lehrer Detlef Olbricht gemeinsam mit Lehrerin Verena Herz und Sonderpädagogin Solange Kruse anbietet, sind die Kinder in vier Gruppen aufge-

teilt. Sie beschäftigen sich mit Energiegewinnung aus Wasserkraft, Sonnenlicht, Wind und mit neuen Möglichkeiten der Mobilität. Sechstklässlerin Anuar aus der Sonnenenergie-Gruppe arbeitet mit dem Viertklässler Leonardo zusammen, der fließend Italienisch spricht, und mit Francesco, der normalerweise die achte Klasse des Förderzentrums besucht. „Die Großen lernen von den Kleinen und andersherum“, erklärt Sonderpädagogin Solange Kruse. „Wenn zum Beispiel die Kleinen einen Jungen aus dem Förderzentrum bitten, doch zum Windrad noch eine Landschaft zu malen, und der Achtklässler dies tatsächlich tut, dann profitieren beide Seiten davon.“

Offenheit

Offenheit prägt die ganze Schule. Schulleiterin Ilona Bernsdorf ist überzeugt davon, dass Teamarbeit und Netzwerke den Kindern zu Gute kommen. Sie ist rund 60 Kooperationen eingegangen: mit anderen Schulen, Wirtschaftsbetrieben, sozialen Einrichtungen, Sportvereinen und einem Zirkus. Auch die rund 60 Lehrerinnen und Lehrer im Kollegium haben unterschiedliche Voraussetzungen. Sie sind „normale“ und in Italien ausgebildete Grundschullehrer, Sonderschullehrer und Erzieher. Aber alle zeichnet eines aus – ihre Offenheit und Bereitschaft zum kollegialen Miteinander. Auf den Fluren wird viel gesprochen und diskutiert, genau wie in den Klassenzimmern. Man hört deutsche und italienische Worte, denn auch viele Eltern sind italienische Muttersprachler. An einer solchen Schule sind Teamabsprachen nötig, die Kommunikation mit Kindern und Kollegen steht im Mittelpunkt. Den



Offenheit und ein gutes Schulklima prägen die Herman-Nohl-Schule in Berlin Neukölln.

Unterricht, in dem ein Lehrer allein vor seiner Klasse steht, gibt es kaum noch. Lehren ist Teamarbeit, die Lehrer brauchen viel Energie und Empathie. Jeder Schüler benötigt eine individuelle Förderung, die nur möglich ist, wenn verschiedene Kenntnisse gebündelt werden. „Wir haben den Vorteil, dass sich die Kollegen gegenseitig beraten“, erklärt Ilona Bernsdorf. „Häufig wird das Know-how unserer Sonderpädagogen und Erzieher auch in der Grundschule gebraucht. Temporäre Lerngruppen können wir zeitnah vor Ort umsetzen.“ Auch Schulwechsel, die zwischen Grundschule und Förderzentrum vorkommen, sind für die Kinder weniger schwierig, da sie die Schule und die Lehrer bereits kennen und ihr soziales Umfeld zum größten Teil bestehen bleibt. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bleiben in den ersten beiden Jahren in der Grundschule. Dort gibt es das jahrgangsüber-

greifende Lernen. Jeweils ein Drittel der 1. bis 3. Klassen bildet gemeinsam eine Lerngruppe, die von zwei bis drei Lehrern betreut wird.

Chance auf Entwicklung

Der sechsjährige Roberto tanzt und singt mit anderen Grundschulkindern in einem Klassenraum. Konzentriert schauen die Kinder auf das Whiteboard, auf dem die Bewegungen gezeigt werden. Das Lied ist italienisch und es geht um die Sonnenenergie. Roberto fällt es nicht leicht, seine Bewegungen zu koordinieren, doch er ist eifrig bei der Sache. Seine Mutter Elisabetta Bonifanti erzählt: „Als Roberto vier Jahre alt war, bemerkten wir eine Entwicklungsverzögerung, vor allem in seinen Sprachfähigkeiten. Er war dann in Behandlung bei einem Logopäden, bekam Bewegungsförderung und war

auch in der Kita ein Integrationskind.“ Elisabetta Bonifanti ist die Schulleiterin. Sie hat noch eine Tochter in der fünften Klasse der Europagrundschule. „Ich bin glücklich, dass Roberto die bilinguale Schule besuchen kann, trotz seiner Beeinträchtigung. Er ist sehr motiviert und kann sich entwickeln. Das alles ist nur möglich, weil die Lehrer aufgeschlossen und auch zur Zusammenarbeit mit der Logopädin bereit sind.“ Bei Roberto besteht der Verdacht auf eine auditive Verarbeitungs- und Wahrnehmungsstörung. Wie diese sich weiter auswirken wird, kann man nicht vorhersagen. Elisabetta Bonifanti betont: „Auch die Eltern sind häufig unsicher und brauchen Beratung. Das muss die Schule durch entsprechende Fachkräfte leisten.“

Schulabschluss am Förderzentrum

An der Herman-Nohl-Schule können die Kinder nach dem Besuch des Förderzentrums in der zehnten Klasse ihren Hauptschulabschluss machen. Einige Kinder wechseln auch an die Regelschule, um dort einen Abschluss zu machen. In so genannten Schülerfirmen sammeln sie am Förderzentrum Praxiserfahrungen ▶

Gemeinsam basteln die Kinder eine Sonne aus Pappmaché.



Experimente rund ums Wasser: Wann wird es überlaufen?





Robienwald: Auf dem Pfad der vierhundert Hände haben sich alle Kinder der Schule verewigt.

Steckbrief der Herman-Nohl-Schule

www.herman-nohl-schule.de

- Standort: Berlin Neukölln
- Rund 400 Schüler
- Drei Schulen unter einem Dach:
 - Regelgrundschule 1. bis 6. Klasse
 - Staatliche Europaschule, bilingual deutsch-italienisch, 1. bis 6. Klasse
 - Sonderpädagogisches Förderzentrum, 3. bis 10. Klasse
- Jahrgangsübergreifendes Lernen in den Klassen 1 bis 3
- Ausgezeichnet mit dem Deutschen Präventionspreis 2010 für ganzheitliche Gesundheitsförderung

für ihre berufliche Zukunft: Im Catering bereiten sie Pausenmahlzeiten zu, sie bewirtschaften einen eigenen Schulgarten. Eine „Lernspielfactory“ stellt pädagogische Materialien aus Holz her und die Malerwerkstatt führt Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten durch. Die „Rad-Checker“ reparieren und überprüfen die Fahrräder der jüngeren Kinder auf Verkehrssicherheit, die Mediengruppe erstellt Präsentationen, macht Fotos und übt sich im Schreiben von Portfolios. Schwierigkeiten zwischen den Kindern der unterschiedlichen Schulformen gibt es trotz der großen Unterschiede wenige. Die Kinder kennen sich gut, sie haben gemeinsame Pausen, sind im Schulgebäude zusammen, feiern gemeinsame Feste und haben ein starkes Gemeinschaftsgefühl.

Inklusion – aber wie?

Inklusion funktioniert hier auf vielen Ebenen: drei unterschiedliche Schulformen, jahrgangsübergreifendes Lernen. Die Schule liegt im sozialen Brennpunkt Neukölln. 70 Prozent der Kinder haben einen Migrationshintergrund, insgesamt kommen sie aus 28 verschiedenen Nationen. Da ist Inklusion auch auf sprachlicher und kultureller Ebene nötig. Und natürlich auf der Ebene der Lernbeeinträchtigungen, da mit Integrationskindern und den Kindern aus dem Förderzentrum gemeinsam gearbeitet wird. Gerade eine solche Schule, die in ihrer Art einzigartig ist und es geschafft hat, individuelle Bildung für die Kinder zu ermöglichen, ist aber von der Inklusion in ihrer letzten Konsequenz bedroht. Denn hier gibt es ein sonderpädagogisches Förderzentrum, das in der inkludierten Bildungslandschaft nicht mehr vorgesehen ist. „Die Bedingungen müssen so sein, dass die Kinder nicht auf der Strecke bleiben. Auch Lehrer müssen im Prozess der Umorientierung gut begleitet sein. Inklusion kann funktionieren, wenn die Personaldecke stimmt“, betont Schulleiterin Bernsdorf. „Nur ein oder zwei Sonderpädagogen pro Schule für Lerngruppen, Elternberatung und Diagnostik reichen nicht aus. Da fehlt der kollegiale Austausch, von dem wir an dieser Schule so sehr profitieren.“ Feinfühligkeit ist gefragt, bevor einer solchen Schule durch pauschale Vorgaben Steine in den Weg gelegt werden.

AUTORIN



Eva Susanne Schmidt ist freie Journalistin und lebt in Mörfelden-Walldorf.



Hier schlichtet der Schulbushelfer bei einer Rangelei.

Schulbushelfer versichert

Schulbushelfer begleiten Schülerinnen und Schüler auf den Weg zur und von der Schule. Dabei unterstützen sie den Busfahrer und greifen ein, wenn es beispielsweise zu Rangeleien kommt. Für ihr Engagement werden sie mit Aufwendungsersatz, Steuerbefreiung und Unfallversicherungsschutz entschädigt.

Nach Schulschluss sind Kinder und Jugendliche oft müde, hungrig und nach dem langen Stillsitzen aufgedreht. Schulbusfahrer haben dann häufig mit Rangeleien, Geschrei und Zerstörungswut der Schülerinnen und Schülern zu tun. Zwar gehört es zu den Aufgaben eines Busfahrers, dies im Bus zu unterbinden, so das Oberlandesgericht Koblenz (Urteil vom 29.05.2006 – 12 U 1459/04) – doch selbst speziell geschulte Chauffeure haben die Situationen häufig nicht im Griff. Schließlich müssen sie sich in erster Linie auf das Fahren konzentrieren und den Bus sicher durch den Verkehr lotsen. Um die Sicherheit in den Schulbussen zu erhöhen, fordert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen seit langem mitfahrende Begleitpersonen. Das Fahrpersonal könne eine pädagogisch geschulte Aufsichtsperson nicht ersetzen.

Obolus für Schulbushelfer

Den Einsatz ehrenamtlicher Schulbushelfer fördert die öffentliche Hand. Viele Landkreise zahlen den Schulbushel-

fern eine Aufwandsentschädigung. Solche Aufwandsentschädigungen sind bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei. Das gilt auch für pauschale Entschädigungen. Nebenberuflich wird die Tätigkeit ausgeübt, wenn sie – bezogen auf das Kalenderjahr – nicht mehr als ein Drittel der Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeitberufs in Anspruch nimmt. Es können mithin auch solche Personen nebenberuflich tätig sein, die im steuerrechtlichen Sinne keinen Hauptberuf ausüben, zum Beispiel Hausfrauen und Hausmänner oder eben pensionierte Lehrerinnen und Lehrer. Das jeweilige Land stellt beitragsfreien gesetzlichen Unfallversicherungsschutz über seine Unfallkasse zur Verfügung. So zum Beispiel für Josef Müller, einen pensionierten Lehrer, der sich als Schulbushelfer engagiert. Vom Landkreis erhält er monatlich eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 175 Euro. Sie ist nach dem Einkommenssteuergesetz steuerfrei. Damit gilt sein Einsatz auch in der gesetzlichen Unfallversicherung als unentgeltlich. Er ist deshalb als ehrenamtlich Tätiger unfallversichert.

Im Schadensfall

Als es im Bus wieder einmal zu Rangeleien kommt, will Busbegleiter Josef Müller den Streit beenden. In diesem Moment muss der Busfahrer bremsen und Josef Müller stürzt zu Boden. Dabei geht seine Brille zu Bruch. Da die Brille als Körpersersatzstück gilt, zahlt ihm die Unfallkasse eine Pauschale für eine neue. Lediglich auf Ersatz für Luxusausführungen besteht kein Anspruch.

AUTOR



Dr. Thomas Molkentin ist Leiter des Referates Unfallversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Ergonomische Klassenzimmer

Für das gesunde Lernen und Arbeiten in der Schule spielen gut gestaltete Räume eine entscheidende Rolle. Deshalb ließ die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung im Rahmen eines Projekts zwei Klassenzimmer so umbauen, dass sie den Erfordernissen vor Ort entsprachen.

Für mehr Gesundheit in der Schule startete die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung das Projekt „Das ergonomische Klassenzimmer – ein Beitrag zur guten und gesunden Schule.“ Unter Einbindung der zuständigen Unfallversicherungsträger wurden ein Klassenzimmer in einer Hauptschule in Hennef (Nordrhein-Westfalen) und ein Klassenzimmer in einer Grundschule in Dresden (Sachsen) umgestaltet. Akustik, Belüftung, Ergonomie und Beleuchtung waren zentrale Punkte, um die Lern- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Akustik

Häufig entsteht in Räumen sehr viel Lärm durch Nachhall. Dies ist für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte sehr belastend und unangenehm. Im Klassenzimmer der Grundschule in Dresden entstand durch die schallharte

Betondecke ein hoher Lärmpegel. Um diesen zu reduzieren, wurde eine schallabsorbierende Akustikdecke eingebaut. Sie reduzierte die Nachhallzeiten und verbesserte die Sprachverständlichkeit deutlich. Im Klassenzimmer der Hauptschule in Hennef gab es bereits eine Holz-Paneel-Decke mit hinterlegtem Mineralfasermaterial, die den Schall gut absorbiert hat. Durch den Einbau einer schallabsorbierenden Akustikwand im oberen Bereich der Rückwand konnten die Nachhallzeiten noch weiter reduziert werden.

Belüftung

Für frische Luft in den Räumen, hatten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte beider Schulen bislang die Fenster geöffnet. Doch Untersuchungen in beiden Klassenräumen haben gezeigt: Wenn der Luftaustausch nur über die Fenster gere-

gelt wird, wird eher zu wenig gelüftet und der Kohlendioxidgehalt im Raum kann auf ein hohes Niveau ansteigen. Dies kann zu Müdigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten führen. Für eine gleichbleibend bessere Luftqualität wurden in beiden Klassenzimmern unterhalb der Fenster jeweils zwei Lüftungsgeräte installiert, die von außen Luft ansaugen. Die Geräte verfügen über Wärmetauscher, so dass die Wärme beim Lüften nicht verloren geht.

Ergonomie

Beide Klassenräume waren vor dem Umbau mit Doppeltischen ausgestattet. Weder Stühle noch Tische waren höhenverstellbar. Flexible Aufstellungen im Raum für verschiedene Unterrichtsformen waren kaum möglich. Schülerinnen und Schüler haben ihre Ranzen direkt am Tisch aufbewahrt, was den einen oder anderen ins Stolpern brachte.



Tische und Stühle können individuell eingestellt werden.

Die Tafel war zwar höhenverschiebbar, aber fest an der vorderen Wand des Klassenraums befestigt. Das Mobiliar wurde durch höhenverstellbare Einzeltische und Stühle ersetzt. Die neuen Stühle ermöglichen ein dynamisches Sitzen. Der Lehrertisch in Dresden ist so höhenverstellbar, dass auch Schülergruppen daran im Stehen arbeiten können. In Hennef können die Lehrerinnen und Lehrer neben ihrem Lehrertisch auch an einem Stehpult arbeiten. Rollen an den Tischen ermöglichen ein schnelles Verschieben im Raum. Arbeitsmaterialien und Schulranzen sind in Regalen untergebracht. Auch sie können flexibel positioniert und zusätzlich als Raumteiler eingesetzt werden. Tafel und Pinnwände sind auf einem Schienensystem an mehreren Wänden angebracht.

Beleuchtung

Die Beleuchtungsstärke der Klassenzimmer entsprach nicht allen, aber den meisten Anforderungen. Die Leuchtdichteverteilung entsprach teilweise den empfohlenen Werten, was mitunter an der Farbgestaltung der Räume lag. Bei der natürlichen Beleuchtung wurde zwar das gewünschte Verhältnis von Fenster- und

Raumgrundfläche eingehalten, der Tageslichtanteil im Raum war jedoch zu gering. In Dresden schützte eine manuell fahrbare Jalousie vor starker Sonneneinstrahlung. In der Regel aber wurde sie in einer festen Stellung belassen. In Hennef schirmte eine elektrisch bedienbare Außenjalousie mit halbdurchsichtigem, gelbem Stoff die Sonne ab. Jetzt können Lehrerinnen und Lehrer je nach Unterrichtssituation zwischen drei Beleuchtungsszenarien wählen. Die Grundbeleuchtung beträgt 500 Lux bei neutralweißer Lichtfarbe. Zur Aktivierung der Schülerinnen und Schüler kann tagweises Licht mit einer Beleuchtungsstärke von 1.000 Lux eingestellt werden. Um sie zu beruhigen, hilft warmweißes Licht bei 300 Lux. Zur Optimierung der natürlichen Beleuchtung werden in Dresden Jalousien eingesetzt, die das Tageslicht weit in den Raum hinein lenken. Sie sind elektrisch verstellbar und können somit leichter genutzt werden als bisher. In Hennef wurde der gelbe Stoff der Außenjalousie gegen einen farbneutralen Stoff ausgetauscht, um die Farbwiedergabe zu verbessern und vor Blendungen zu schützen. Die Möblierung und Farbgestaltung der Räume basieren auf einem abgestimmten Farbkonzept.

Evaluation

Das Institut für Arbeit und Gesundheit in Dresden sowie das Institut für Arbeitsschutz in Sankt Augustin haben den Umbau betreut und evaluiert. Die Untersuchung erfolgte nach einem Versuchs-Kontrollgruppen-Design über ein gesamtes Schuljahr. Die Daten wurden mithilfe standardisierter Fragebögen zur Selbst- und Fremdeinschätzung sowie einer Unterrichtsbeobachtung erhoben. Außerdem haben die Beteiligten an einem Test zur objektiven Erfassung der Aufmerksamkeitsleistung teilgenommen. Die ersten Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler beider Schulen das neue Klassenzimmer als sehr arbeitsförderlich bewerten. Die Lehrkräfte betonen, dass vor allem der Lärmpegel in den Klassen deutlich gesunken ist. Außerdem berichten sie, dass sich die Schülerinnen und Schüler nach der Umgestaltung im Unterricht besser konzentrieren können.

AUTOREN

Frank Breuer, Sandra Dantscher, Susan Freiberg, Renate Hanßen-Pannhausen, Anna-Maria Hessenmöller, Thomas von der Heyden, Jürgen Maue, Simone Peters, Hanna Zieschang

KONTAKT



Andrew Orrie
ist Leiter des Referats Schulen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.
E-Mail: andrew.orrie@dguv.de



Weniger Lärm im Raum: Eine Akustikwand absorbiert den Schall.



Der Luftaustausch erfolgt zusätzlich über dezentrale Lüftungsgeräte.

Erlebniswelt Pausenhof

Noch immer lassen viele Schulhöfe nur die Wahl zwischen Herumrennen oder Herumstehen. Ein Patentrezept für einen attraktiven Schulhof gibt es nicht. Wohl aber Anregungen, um Enttäuschungen während und nach dem Umbau vorzubeugen.

Ob klein oder groß, städtisch oder ländlich gelegen: Der Schulhof ist mehr als ein Sammelplatz von Schülerinnen und Schülern – er ist Lebens- und Lernort. Bestenfalls fördert er die Schülerinnen und Schüler in ihren Bedürfnissen nach Bewegung und Entspannung. Deshalb sollten bei der Konzeption abhängig von Schulform und Schülerzahlen Sportzonen, Intensivspielbereiche, Kleinspielbereiche, aber auch Zonen der Ruhe eingeplant werden.

Kooperation und Genehmigungen

Bei der Veränderung des Schulgeländes sind viele Menschen involviert – ein Gemeinschaftsprojekt, mit dessen Ergebnissen alle Beteiligten über einen längeren Zeitraum leben werden. Deshalb ist es wichtig, Kollegium, Schulpflegschaft und Schülervertretung über das Vorhaben zu informieren. Generell ist es sehr wichtig, das Thema mit den Schülerinnen und Schülern zu besprechen und sie von Anfang an einzubeziehen. Zudem sollte der Schulträger früh-

zeitig informiert werden; nicht nur, weil er seine Genehmigung gibt, sondern auch weil er beraten und die jeweiligen Fachleute hinzuziehen kann.

Planen und realisieren

Fehlende Informationen sind häufig der Grund für Ängste und Zweifel, das Schulgelände neu zu gestalten. Dabei kann es helfen, mit anderen Schulen, die ihr Gelände bereits umgebaut haben, in Kontakt zu treten und Erfahrungen auszutauschen. Folgende Punkte zeigen, wie ein Umbau angegangen und umgesetzt werden kann:

Konferenzen: Ob Schulkonferenz oder Schülervertretung – hier ist der Ort, die Vorhaben anschaulich darzustellen und über Fortschritte oder Probleme zu informieren. Wer von Anfang an mit einbezogen wird und weiß, worum es geht, wird sich auch einbringen wollen. In der Startphase ist es ratsam, externe Fachleute zu Konferenzen einzuladen. Die Unfallversicherungsträger beraten zum Beispiel bei der sicherheitsgerechten Gestaltung.

Arbeitsgruppe: Innerhalb einer Schulgelände-Arbeitsgruppe kann die Verantwortung für die Aktivitäten auf mehrere Personen verteilt werden. Bestenfalls richten sich die Aufgaben nach den Fähigkeiten der Mitwirkenden.

Ist-Zustand wahrnehmen: Schülerfotos vom Pausengeschehen zeigen den Erwachsenen die Wünsche und Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler. Ausgerüstet mit Bleistift, Lageplan und Zettel können sie einzeln oder in Gruppen überlegen, wo und was sie gerne verändern würden. Vielleicht gibt es auch noch die eine oder andere ungenutzte Fläche.

Ideensammlung: Befragungen, Malaktionen oder Aufsätze unter dem Motto „Was würde ich gerne auf dem Schulgelände tun?“ regen die Fantasie an. Konkrete Fragen wie: „Was sind Lieblingsplätze auf dem Schulgelände? Und was stört auf dem Schulgelände?“ helfen bei der Bestandsaufnahme.

Finanzierung: Außer über kleinere Geldbeträge von Schulbasaren und Flohmärkten



Foto: Fotolia/Sheshtakoff

Bei der Konzeption des Pausenhofs spielen die Schulform sowie das Alter der Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle.

können Schulen auch über Material- oder Geldspenden von Sponsoren einen Teil des Geldes für den Umbau selbst organisieren. Ein Förderverein hat den Vorteil, dass er Spendenquittungen ausstellen darf.

Startaktion: Konkrete Aktionen wie das Pflanzen von Bäumen oder die Gestaltung einer Fassade können einige Zweifler davon überzeugen, sich doch noch einzubringen. Die Mitarbeit fällt in einem „erfolgreichen“ Projekt leichter.

Umsetzung: Aktionstage oder Projektwochen bringen rasch sichtbare Erfolge. Die

enge Kooperation mit Schulträger, Kommune und Firmen ist unverzichtbar, wenn es um Arbeiten geht, die kaum in Eigenleistung realisierbar sind, zum Beispiel eine großflächige Entsiegelung. Aber auch Eltern können in den Umbau einbezogen werden. Am besten erreicht man sie über Rundbriefe.

Pflege: Natürlich ist ein umgestaltetes Schulgelände nicht so leicht sauber zu halten wie ein asphaltierter Schulhof. Deshalb sind zwischen Schule und Kommune klare Absprachen notwendig, wer welche Pflegearbeiten übernimmt.

Schlüssiges Gesamtkonzept

Erforderlich ist ein pädagogisches Gesamtkonzept, das Wert auf Aufenthaltsqualität, Funktionsbereiche und Raumbildung legt, damit Einzelelemente nicht beziehungslos nebeneinander stehen oder sich sogar behindern. Auf Papier müssen die Ideen, wenn Förderanträge eingereicht und Genehmigungen eingeholt werden. Dabei ist Genauigkeit gefragt. Denn die Planskizze ist die Grundlage für Kostenschätzung und Planung von Arbeitsschritten. Dieses Gesamtkonzept spiegelt das Ziel des Umbaus wider, das in einzelnen Bauabschnitten umgesetzt werden kann.

Ausführlichere Informationen zur Pausenhofgestaltung enthält die Broschüre „Schulhöfe planen, gestalten, nutzen“. GUV-SI 8073; Internet: <http://publikationen.dguv.de/dguv/pdf/10002/si-8073.pdf>.

AUTOR



Bodo Köhmstedt arbeitet in der Abteilung Prävention der Unfallkasse Rheinland-Pfalz und ist Mitglied des *pluspunkt*-Redaktionsbeirats.

Geeignete Pausenspiele:

Ballspiele: Klar abgegrenzte Spielfelder beugen Konflikten zwischen Ballspielliebhhabern und Nicht-Ballspielliebhhabern vor. Pflaster- oder Asphaltflächen können im Gegensatz zu einem Rasenplatz ganzjährig genutzt werden.

Klettern, Hangeln, Balancieren: Ein Kletterbaum, ein Spielhügel mit Gebüsch oder Spielgeräte regen zur Bewegung an. So können die Schülerinnen und Schüler ihre Kräfte erproben und ihren Gleichgewichtssinn schulen.

Springen, Hüpfen mit Gummi und Seilen: Für Spiele mit Gummis und Seilen benötigen die Schülerinnen und Schüler eine ungestörte Ecke. Das Spielmaterial lässt sich gut in Kisten aufbewahren.

Toben und Rennen: Beim Fangen, Figurenlaufen oder Plumpsackspielen sollte mehr Raum eingeplant werden. Neue oder fast vergessene Spielideen können in den Klassen bekannt gemacht werden.



Foto: Fotolia/Christian Schwen

Impressum

DGUV *pluspunkt* erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Mittelstr. 51, 10117 Berlin
Internet: www.dguv.de
Chefredaktion:
Andreas Baader (verantwortlich)
DGUV Sankt Augustin
Tel.: (02241) 231-1206
Redaktion:
Paul Misterek, Diane Zachen
E-Mail: redaktion.pp@universum.de
Redaktionsbeirat:
Ulrike Fister, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Förster, Brigitte Glismann, Dipl.-Psych. Petra Haunert, Richard Heinen, Dr. Heinz Hundeloh, Matthias Jaklen, Bodo Köhmstedt, Elmar Lederer, Wolfgang Nikoll, Dr. Chris-

toph Matthias Paridon, Max Schmid, Nil Yurdatap
Grafische Gestaltung:
www.grafikdesign-weber.de
Herstellung:
Harald Koch, Universum Verlag GmbH
Marketing und Verkauf:
Susanne Dauber, Universum Verlag GmbH
Tel.: (0611) 90 30-121
Druck:
Alpha print medien, Darmstadt
Produktion und Vertrieb:
Universum Verlag GmbH
65175 Wiesbaden, Tel.: (06 11) 90 30-0
Fax: (06 11) 90 30-281
Internet: www.universum.de
Vertretungsberechtigte Geschäftsführer:
Siegfried Pabst und Frank-Ivo Lube;

die Verlagsanschrift ist zugleich ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.
Anzeigen:
Anne Prautsch, Universum Verlag GmbH
Tel.: (06 11) 90 30-2 46
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3; ISSN 2191-1827
Nachdruck von Texten, Fotos und Grafiken – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers und des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für die Vervielfältigung auf CD-ROM und die Veröffentlichung im Internet.
Für mit Namen oder Initialen gezeichnete Beiträge wird lediglich die allgemeine

presserechtliche Verantwortung übernommen. Zusätzliche Exemplare können über den zuständigen Unfallversicherungsträger kostenlos angefordert oder beim Universum Verlag zum Preis von € 1,90 je Exemplar incl. MwSt. zuzüglich Versandkosten bezogen werden.
Ein Teil der Ausgabe enthält einen Beihälter, der vom Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband, von der Bayerischen Landesunfallkasse und der Unfallkasse München herausgegeben wird.
Die Adressen der Unfallkassen und Gemeindeunfallversicherungsverbände können über die Website der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV; www.dguv.de) aufgerufen werden.

Daran denken !



Individuelle Förderung

Im Unterricht auf Bedürfnisse eingehen: Unterstützen Sie Schülerinnen und Schüler in ihren Stärken und Schwächen. Denken Sie daran, Schülerinnen und Schüler ...

- ... als **Lernberater** einzusetzen. Das gibt Ihnen Zeit, sich intensiver um einen anderen Schüler kümmern zu können.
- ... **Lerntagebücher** oder Portfolios anlegen zu lassen. So können Sie besser auf Stärken und Schwächen des Einzelnen eingehen.
- ... in leistungshomogenere **Kleingruppen** einzuteilen und verschiedene Arbeitsmaterialien mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden einzusetzen.
- ... mit allen ihren **Sinnen** arbeiten zu lassen, zum Beispiel Buchstaben oder Zahlen zu erfühlen.
- ... **Lernquizze** im Unterricht lösen zu lassen. Lernquizze gibt es für alle Fächer.

Hier finden Sie weitere Anregungen:

- foerderung.bildung-rp.de/individuelle-foerderung.html
- www.eduhi.at/material/edugenerator/
- www.sonderpaedagoge.de
- www.unterrichtsmaterial-schule.de
- www.vs.schule.at
- www.lehrerweb.at/materialien-datenbank.html
- www.arbeitsblaetter.org
- www.lesa21.de
- Lernquizze: www.friedrich-verlag.de

Foto: Brand X Pictures

